Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 21. Juni 1926
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff — Wirtschaft und Recht — Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
21. 6. a — Nr. 283 — 10 Pfennig

Die Ablehnung des Enteignungsantrages.

Der Reichstag hat das Wort.

Dr. F. K. Die Abstimmung über den Enteignungsantrag der Kommunisten und Sozialdemokraten hat das erwartete Ergebnis gehabt. Rund 14,5 Millionen, etwa 36 Prozent der Abstimmungsberechtigten, haben sich für den Antrag ausgesprochen. Das sind zwei Millionen Wähler mehr, als sich beim Volksbegehren eingetragen hatten, und etwa vier Millionen mehr, als Kommunisten und Sozialdemokraten bei der letzten Wahl auf die Listen ihrer Parteien vereinigen konnten. Der Enteignungsantrag ist zu Fall gebracht, die große Mehrheit des deutschen Volkes hat den Gedanken der Konfiskation des Eigentums einer bestimmten Gruppe von Staatsbürgern abgelehnt. Wie gesagt: ein erwartetes Ergebnis, das an sich nicht überraschen kann, ohne freilich irgendwelchen Anlaß zu besonderen Jubelfeiern zu bieten. Die Begleitumstände dieses ersten Volksentscheides in der Republik sind alles andere als erfreulich gewesen, und es wird ernster politischer Arbeit bedürfen, um die verheerenden Folgen der Massenagitation wiedergutzumachen.

In anderen Staaten wurde das Vermögen der regierenden Fürstenhäuser beim Umsturz beschlagnahmt. Das war ein Akt der Revolution, der politisch und juristisch genau so zu beurteilen ist, wie andere Vorgänge bei der Staatsumwälzung. In Deutschland wählte man andere Wege. Es könnte komisch berühren, daß acht Jahre nach dem Umsturz eine ihrerseits wieder auf die Zertrümmerung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Partei sich eines Artikels der von ihr in schärfster Form bekämpften demokratischen Verfassung bedient, um eine Volksbewegung zur Enteignung der Fürsten in Gang zu bringen. Zudem ist in den meisten deutschen Ländern die Auseinandersetzung mit den Fürsten längst erfolgt. In Wirklichkeit war dieser sachliche Anlaß zur Massenverhetzung für die Drahtzieher von sekundärer Bedeutung. Es lag auf der Hand, daß nach den aufwühlenden Ergebnissen der Inflation, der Zerstörung des Mittelstandes, dem Vermögensverlust der Renten- und Kriegsanleihebesitzer eine Neidparole von zündender Wirkung sein mußte. In erster Linie aber handelte es sich um ein großangelegtes Manöver zur Gewinnung der Massen überhaupt. Herr Thälmann war aufrichtig genug, in einem programmatischen Aufsatz, den er zwar mit seinem Namen zeichnet, aber sicherlich nicht selbst geschrieben hat, die weitergehenden Ziele der Bewegung am Abstimmungstage sehr deutlich zu umreißen. Der Artikel mündet in die Forderung nach einem „Kongreß der Werktätigen". Ein kaum mißverständliches Schlagwort aus dem Arsenal der Sowjetjünger.

Die geistige Führung dieses Kampfes lag bei der kommunistischen Partei, will sagen: in Moskau. Es sollte eine Generalprobe für spätere Entscheidungen in Deutschland sein. Die Sozialdemokratie, innerlich immer mehr zerrissen und von dem radikalen Flügel der Unabhängigen terrorisiert, widerstand aus Furcht vor den Massen dem Druck von links nicht. Gegen den Willen der Führer stürzte sie sich in die Arme der Kommunisten, deren wahres Verhältnis zu ihr im Laufe des Wahlkampfes in Presse und Versammlungen sehr drastisch zum Ausdruck kam. Wir halten wie gesagt, den Enteignungsrummel für ein großangelegtes strategisches Manöver. Aber auch taktisch mußte es, nachdem die Sozialdemokraten einmal übertölpelt waren, für die Kommunisten von sehr guter Wirkung sein. Ihre Anhänger liefen ihnen in Scharen weg. Die Wahlen in Mecklenburg sind dafür ein sprechender Beweis. Die Sozialdemokratie erhofft bei etwaigen Neuwahlen für das Reichsparlament einen starken Zuzug von links. Die einzige Möglichkeit, diese Bewegung zum Stillstand und Rückgang zu bringen, bot eben die verfehlte sozialdemokratische Taktik bei dem Fürstenentscheid. So radikal wie die Kommunisten werden die Herren Hermann Müller und Breitscheid, ja selbst Dittmann und Crispien nie werden können. Daher auch die deutlich fühlbare Angst der Sozialdemokratie vor einem zu großen Erfolg der Abstimmung. Sie hätte mit einem Siege nichts anzufangen gewußt.

Aber das Wahlergebnis gibt nicht nur Aufschluß über Gärungserscheinungen auf dem linken Flügel der politischen Parteien. Fast ebenso wichtig sind die seltsamen Vorgänge in der Demokratie und Zentrumspartei. Die Demokraten waren in sich gespalten. Der Austritt des Reichsbankpräsidenten Schacht ist dafür ein weithin leuchtendes Fanal. Die Parteileitung wagte nicht, offen die Parole des Schutzes des Privateigentums auszugeben. Die Wähler haben denn auch zum überwiegenden Teil für die Enteignung gestimmt. Ein Kapitel für sich ist die demokratische Pressepolitik. Im Gegensatz zu angesehenen Parteiblättern im Reich (mit Ausnahme Frankfurts) hat die demokratische Parteipresse in Berlin ihre volle Sympathie für die Enteigner nur ganz dürftig verdeckt. Im Zentrum sind weite Kreise der Wählerschaft der offiziellen Parteiparole nicht gefolgt. Daher das bemerkenswerte Anwachsen der Ja-Stimmen gerade in Wahlkreisen, in denen die Zentrumspartei dominiert. Wir wissen nicht, ob die Linkspresse richtig berichtete, als sie schrieb, bei der Verlesung des Hirtenbriefes der Bischöfe gegen die Enteignung sei es sogar in einzelnen Kirchen zu Gegenkundgebungen gekommen. Ein Vorgang, der eine sehr schwerwiegende Mahnung sein müßte. Ohne Zweifel befindet sich das Zentrum inmitten schwerer innerer Auseinandersetzungen. Bei der besonderen Wichtigkeit dieser Partei für die deutsche Politik, die ihre Mittelstellung mit sich bringt, kann man nur wünschen, daß diese Auseinandersetzung bald und radikal beendet werden möge. Auch von den Parteien der Rechten hat sicher eine ganze Anzahl von Wählern für die Enteignung gestimmt. Wir sind aber geneigt, diese Erscheinung weniger auf organische Krankheitsvorgänge zurückzuführen als auf Ressentiment.

Jetzt hat der Reichstag das Wort. Die Regierung hat wiederholt angekündigt, und diese Ankündigung entspricht zweifellos dem Volksempfinden, daß nach dem Scheitern des Enteignungsbegehrens eine reichsgesetzliche Regelung folgen werde. Es wird ohne Opfer auf beiden Seiten dabei nicht abgehen. Aber dieser Zündstoff muß aus dem öffentlichen Leben beseitigt werden. An die Verantwortungsfreudigkeit der Parteien richtet sich der dringendste Appell.

Selbstverständlich werden aus diesem Anlaß auch die Bemühungen wieder aufleben, der jetzigen Regierung im Parlament eine breitere Grundlage zu schaffen. Da der Volksentscheid abgelehnt worden ist, läge der Versuch zu einer Einbeziehung der Rechten nahe. Angesichts der politischen Situation, vor allem im Zentrum ist dieser Weg heute nicht gangbar. Wir halten auch den psychologischen Moment für die Wiederholung der ersten Lutherkoalition für noch nicht wieder gekommen. Andere ernst zu nehmende Bestrebungen erstrecken sich auf die Bildung der sogenannten Großen Koalition. Ob in der Sozialdemokratie nach der Extratour mit den Kommunisten die Sehnsucht nach einer solchen Regierungsgemeinschaft größer geworden ist, bleibe dahingestellt. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie an dem Kompromißentwurf der Regierung wird wohl zu erreichen sein. Das aber die Bereitschaft zu positiver Arbeit bis zu dem Wunsch nach Errichtung einer festen Regierungsgemeinschaft geht, bezweifeln wir sehr stark. So werden sich zunächst alle Anstrengungen auf die Verabschiedung des Kompromißentwurfes zu richten haben, und der Reichstag dürfte in die Ferien gehen, ohne daß die Zusammensetzung der Regierung geändert wird. Nach dem Wiederzusammentritt im Herbst wird die Kabinettsumbildung spruchreif werden, dann aber kann es doch noch zu der auf allen Seiten unerwünschten Auflösung des Reichstages und zu Neuwahlen kommen. Das dieses letzte Mittel schon jetzt in Anspruch genommen würde, weil der gegenwärtige Reichstag nicht imstande wäre, das notwendige Kompromißgesetz zu schaffen, scheint uns höchst unwahrscheinlich.

Die Erfahrungen bei dem abgelaufenen Volksentscheid sind jedenfalls nicht danach angetan, die an sich schon geringe Begeisterung für diese Bestimmung der Weimarer Verfassung zu erhöhen. Auch hier werden Regierung und Reichstag seinerzeit zu prüfen haben, ob die enormen Kosten dieser Manipulation sowohl wie die rücksichtslose Verschärfung der Gegensätze im Volk durch das talentlose Nachbeten ausländischer überdemokratischer Vorbilder aufgewogen werden.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis:

Das vom Reichswahlleiter errechnete Ergebnis des Volksentscheids über den Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen ist bisher folgendes:

Stimmberechtigte:	39 687 848
Jastimmen:	14 440 779
Neinstimmen:	584 672
Ungültig:	559 370

Danach haben rund 36,5 Prozent der Wahlberechtigten für den Enteignungsantrag gestimmt.

Groß-Berlin:

Das vorläufige Gesamtergebnis der Abstimmung über den Volksentscheid für Groß-Berlin, also für den Wahlkreis 2 (Berlin), der die alten Innenbezirke umfaßt, und für die zu den Wahlkreisen 3 (Potsdam II) und 4 (Potsdam I) gehörenden Groß-Berliner Bezirke hat nach den bisherigen amtlichen Feststellungen folgende Ziffern ergeben:

Jastimmen	1 759 376
Neinstimmen	60 863
Ungültig	81 916
Stimmberechtigte	3 023 383

Es haben also rund 58 Prozent aller Groß-Berliner Wahlberechtigten mit Ja gestimmt.

*

Berlin-Mitte: Ja: 127 561, Nein: 4751, Stimmberechtigt: 223 794.
Tiergarten: Ja: 111 215, Nein: 4287, Stimmberechtigt: 223 545.
Wedding: Ja: 191 579, Nein: 5048, Stimmberechtigt: 256 967.
Prenzlauer Berg: Ja: 159 162, Nein: 5064, Stimmberechtigt: 234 369.
Friedrichsfelde: Ja: 173 395, Nein: 5810, Stimmberechtigt: 247 532.
Kreuzberg: Ja: 179 742, Nein: 6117, Stimmberechtigt: 296 414.
Charlottenburg: Ja: 119 843, Nein: 4169, Stimmberechtigt: 261 892.
Spandau: Ja: 105, Nein: 3, Stimmberechtigt: 206.
Wilmersdorf: Ja: 46 767, Nein: 1681, Stimmberechtigt: 136 245.
Zehlendorf: Ja: 8733, Nein: 327, Stimmberechtigt: 33 147.
Schöneberg: Ja: 76 260, Nein: 3055, Stimmberechtigt: 184 429.
Steglitz: Ja: 42 106, Nein: 1844, Stimmberechtigt: 119 531.
Tempelhof: Ja: 26 969, Nein: 964, Stimmberechtigt: 49 474.
Neukölln: Ja: 153 905, Nein: 5243, Stimmberechtigt: 212 157.
Treptow: Ja: 33 920, Nein: 1369, Stimmberechtigt: 52 261.
Köpenick: Ja: 23 255, Nein: 911, Stimmberechtigt: 33 192.
Friedrichshain: Ja: 2589, Nein: 71, Stimmberechtigt: 3599.
Charlottenburg: Ja: 334, Nein: 16, Stimmberechtigt: 762.
Spandau: Ja: 48 528, Nein: 1895, Stimmberechtigt: 81 727.
Treptow: Ja: 14 192, Nein: 549, Stimmberechtigt: 19 191.
Köpenick: Ja: 8901, Nein: 552, Stimmberechtigt: 14 986.
Lichtenberg: Ja: 96 067, Nein: 3403, Stimmberechtigt: 143 893.
Weißensee: Ja: 25 683, Nein: 869, Stimmberechtigt: 41 199.
Pankow: Ja: 40 809, Nein: 1377, Stimmberechtigt: 73 575.
Reinickendorf: Ja: 48 756, Nein: 1518, Stimmberechtigt: 78 937.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die Aufnahme bei den Parteien.

Der Reichstag tritt heute nachmittag 3 Uhr wieder zusammen. Seine dringlichste Aufgabe bis zu den Sommerferien ist die Erledigung des Fürstenabfindungsgesetzes. Der Regierungsentwurf soll mit aller Beschleunigung zur Beratung gestellt werden.

Der Rechtsausschuß wird seine Verhandlungen Dienstag beginnen und hofft, sie bereits bis Donnerstag beendet zu haben. Die Regierungsparteien haben sich mit dem Entwurf bekanntlich bereits einverstanden erklärt. Die Haltung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen hängt von dem Gange der Verhandlungen ab. Wenn in demokratischen Kreisen die Hoffnung geäußert wird, die Sozialdemokraten würden sich nunmehr von der Enteignung abwenden und auf das Kompromiß festlegen, so widerspricht das dem, was man bisher aus sozialdemokratischen Kreisen hört. Hier herrscht die Ansicht vor, daß das Kompromiß wesentlich verändert, d. h. verschärft werden müsse, wenn es der Sozialdemokratie möglich sein soll, für dieses Kompromiß zu stimmen.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen ist noch nichts bekannt. Diese Fraktion tritt eben so, wie die bürgerlichen Fraktionen heute in den ersten Nachmittagsstunden zusammen. Nach Schluß der Plenarsitzung wird eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien stattfinden, in der die gesamte politische Lage zur Erörterung steht. Der Aeltestenrat tritt zur Festsetzung des Arbeitsplanes erst am Dienstag zusammen.

Die Entschlossenheit, das Abfindungsgesetz so rasch wie möglich und als Ganzes ohne wesentliche Aenderungen zur Verabschiedung zu bringen, ist bei den Regierungsparteien, und zwar ohne Ausnahme ebenso groß wie bei der Regierung. Das Zentrum will dieser Entschlossenheit in einer Erklärung besonderen Ausdruck geben. Die Demokraten sind in einer etwas peinlichen Lage, weil sie trotz ihrer Beteiligung am Kompromiß die Abstimmung bei dem Volksentscheid freigegeben hatten und weil ihr linker Flügel ganz unverhüllt für die Enteignung eingetreten war. Das Zentrum ist peinlich berührt durch das Abspringen großer Teile seiner Anhängerschaft; in seiner Fraktionssitzung fanden erregte Auseinandersetzungen statt, die noch nicht abgeschlossen sind.

Deutschland auf der Abrüstungskonferenz.

Weitere Beteiligung vom Auswärtigen Ausschuß beschlossen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm den Bericht des deutschen Delegierten bei der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Grafen Bernstorff, entgegen. An die Ausführungen des demokratischen Abgeordneten schloß sich eine längere Aussprache, an der sich die Abgeordneten Graf Reventlow (völkisch), Dr. Hoetzsch (dntl.), Dr. Rosenberg (Komm.), v. Rheinbaben (Volksp.), Dr. Dernburg (Dem.), Dr. Quaatz (dntl.) und Müller-Franken (Soz.) beteiligten. Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann ergriff das Wort. Der Ausschuß faßte mit großer Mehrheit folgende Entschließung:

„Unbeschadet der Stellung der verschiedenen Fraktionsvertreter zu den Fragen im einzelnen nimmt der Auswärtige Ausschuß davon Kenntnis, daß bei den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz irgendwelche Bindungen für Deutschland nicht erfolgt sind, und erhebt mit dieser Maßgabe gegen eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an weiteren Beratungen zur Förderung des Abrüstungsproblems keine Bedenken."

Ueber den Gang der Verhandlungen erfahren wir, daß an der Haltung des Grafen Bernstorff als des deutschen Delegierten in Genf lebhafte Kritik geübt wurde. Die schließlich angenommene Entschließung verschleiert das nur ungenügend. In der Feststellung, daß Bindungen für Deutschland nicht erfolgt sind, liegt eingeschlossen ein Tadel an der mangelhaften Initiative, die von deutscher Seite entwickelt wurde. Daß Deutschland sich an weiteren Beratungen zur Förderung der Abrüstung beteiligen soll, entspricht der bisherigen Stellungnahme Deutschlands, wie sie auch von den Deutschnationalen gebilligt wird.

Bei der bevorstehenden innerpolitischen Entwicklung wird eine wesentliche Rolle auch die Zollfrage spielen, die durch den deutsch-schwedischen Handelsvertrag erneut aufgerollt wurde. Die auf der heutigen Tagesordnung stehende Beratung des Vertrages wird auf Antrag der Sozialdemokraten abgesetzt und auf Mittwoch verschoben werden. Inzwischen sollen neue Verhandlungen über die Frage des Inkrafttretens der erhöhten Zölle stattfinden.

Auch dem Luftfahrtabkommen wurde mit der gleichen Mehrheit zugestimmt, und zwar lediglich gegen die Vertreter der Völkischen und der Kommunisten.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, hat am 19. Juni 1926 der Reparationskommission einen vom 15. Juni 1926 datierten Bericht über seine Tätigkeit während der vergangenen 9 Monate des 2. Reparationsjahres, also vom 1. September 1925 bis 31. Mai 1926, erstattet. Sobald der Wortlaut des Berichtes vorliegt, wird dazu Stellung genommen werden.

Vor einem neuen Kabinett Briand.

Herriot bei der Kabinettsbildung gescheitert.

a. **Paris**, 21. 6. (Eigenbericht.)

Das neue französische Kabinett wird wiederum ein Ministerium Briand sein. Das Eingreifen Herriots hat sich, wie erwartet war, als eine bloße Episode erwiesen. Herriot mußte, nachdem er die ganze Nacht hindurch verhandelt hatte, gestern morgen dem Präsidenten der Republik das Scheitern seiner Bemühungen mitteilen, wodurch Briand abermals den Auftrag übernahm und sofort erklärte, daß er ihn

diesmal zu Ende führen

werde. Es verlautete sogar, daß die Ministerliste bereits fertig sei und von Briand nur deshalb noch nicht bekanntgegeben werde, weil die beiden Persönlichkeiten, die als seine wichtigsten Mitarbeiter genannt werden, nämlich Caillaux und Poincaré, gestern von Paris abwesend seien. Die offizielle Mitteilung über die Kabinettsbildung wird für morgen vormittag erwartet. Das neue Kabinett Briand, das zehnte dieses Namens, wird sich auf die sogenannte neue Mehrheit stützen, d. h. es wird ein ausgesprochenes Rechtskabinett sein. Caillaux wird, falls er tatsächlich in das Kabinett eintritt, die Finanzen übernehmen; Poincaré, an dessen Mitarbeit nicht gezweifelt wird, dürfte sich vermutlich mit dem öffentlichen Unterricht begnügen, daneben aber dafür das gerade jetzt sehr wichtige Kommissariat für Elsaß-Lothringen verwalten. Briand bleibt natürlich am Quai d'Orsay.

Das interessanteste Merkmal dieser Kombination wäre natürlich

das gleichzeitige Mitwirken von Caillaux und Poincaré.

Falls es Briand tatsächlich gelingen sollte, diese beiden Köpfe unter einen Hut zu bringen, so dürfte das schon als ein kleines Kunststück bezeichnet werden.

Heute vormittag hat Briand mit Caillaux und Poincaré verhandelt. Spätestens in den Abendstunden dürfte die Veröffentlichung der Ministerliste erfolgen.

*

Poincaré hielt bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals gestern eine Rede, in der er betonte, daß, da es bisher kein obligatorisches Schiedsgericht und keine internationale Gendarmerie und Polizei gebe, der beste Schutz des Friedens gut ausgerüstete und gut ausgebildete Truppen und gutes Kriegsmaterial seien.

Der Schnellzug Paris—Bordeaux entgleist.

7 Tote, 38 Verletzte.

a. **Paris**, 21. 6. (Eigenbericht.)

Der Schnellzug Paris—Bordeaux, der gestern um 12 Uhr mittags Paris verließ, ist in der Nähe von Vouvray zwischen Noizay und Vernoux, als er mit einer Geschwindigkeit von 75 Kilometer fuhr, entgleist. Das amtliche Kommuniqué spricht bisher von 7 Toten und 38 Verwundeten, darunter 15 Schwerverletzten. Als Ursache wird Gestängebruch infolge Heißlaufens eines Lokomotivrades gemeldet. Lokomotive und Tender setzten ihre Fahrt noch etwa 100 Meter auf dem Oberbau fort und legten sich dann auf die Seite. In diesem Augenblick trat ein Kuppelungsbruch ein. Der Kopfwaggon, ein Waggon 1. und 2. Klasse, rollte den Abhang, der an dieser Stelle 3 Meter hoch ist, hinunter. Der nächste Waggon, ein Wagen 3. Klasse, stieß mit mächtiger Wucht auf den Zugführerwaggon. Beide Waggons wurden vollkommen zertrümmert. In dem Waggon 3. Klasse gab es die meisten Toten.

Riga, 21. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Der rote Gewerkschaftskongreß hat beschlossen, die monatliche Abgabe der Bergarbeiter des Don-Bezirkes weiter zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter abzuführen, bis der Streik zu Ende sei.

Die Kulturaufgabe der Deutsch-Amerikaner.

Eine Berliner Veranstaltung des „Deutschen Clubs in Chicago".

Der „Deutsche Club in Chikago" vereinigte sich am Sonnabend mit deutschen Gästen zu einem Mahle in den Räumen des Hotels Adlon in Berlin. Außer den vollzählig erschienenen Teilnehmern an der Deutschlandreise des Klubs waren der Einladung von deutscher Seite u. a. gefolgt Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichstagspräsident Löbe, die Staatssekretäre v. Schubert und Kempner, Direktor Galle und verschiedene Abgeordnete, die in Chikago die Gastfreundschaft des Klubs kennengelernt hatten. Ferner war der amerikanische Botschafter Schurman mit seiner Gattin erschienen.

Reichstagspräsident Löbe,

der im vorigen Jahr an der Reise der deutschen Parlamentarier teilnahm, eröffnete die Reihe der Trinksprüche mit einer mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß nichts so sehr dazu angetan sei, Mißverständnisse zu beseitigen, wie die persönliche Fühlungnahme, die in diesen Besuchen zum Ausdruck komme. Er spielte dabei an auf die Mißverständnisse, die sich im Kriege geltend gemacht hätten, auf das Bild Deutschlands, wie es von den Vereinigten Staaten aus gesehen den Amerikanern erschienen sein könne, und auf das weitere Mißverständnis, als wenn Deutschland zusammengebrochen und im Elend nur durch fremde Hilfe sich halten könne. Das deutsche Volk habe aus eigener Kraft den Weg zum Wiederaufstieg betreten, und er habe die feste Zuversicht, daß es diesen Weg erfolgreich weitergehen werde.

Der Vorsitzende des Deutschen Clubs,

Rechtsanwalt Siebel, erwiderte in einer ausführlichen Rede, in der er von dem Gedanken ausging, daß es auf beiden Seiten notwendig sei, Vergangenes zu vergessen und die alten Beziehungen wieder aufleben zu lassen. Die Deutschen in Amerika gehörten als Staatsbürger ihrem großen amerikanischen Vaterlande an, das ihnen viel Gutes getan habe, aber niemals vergäßen sie die Erinnerung an das alte deutsche Vaterland. Niemals vergäßen sie, was Deutschland für die Entwicklung Amerikas getan habe. Er schloß seine Rede mit dem Wunsche, daß Gottes Segen immerdar auf dem schönen und großen deutschen Lande liegen möge, daß es nach Winter und Nacht wieder zum Sonnenschein des Daseins geführt werde. Seinen besonderen Dank sprach der Redner der Vertretung des Deutschen Reiches in den Vereinigten Staaten aus, indem er betonte, daß der Botschafter in Washington, Freiherr v. Maltzan, und der Generalkonsul in Chikago, Herr Steinbach, sich alle Herzen gewonnen hätten und die geeigneten Männer seien, Deutschland an diesen Stellen zu vertreten.

Im Namen der Reichsregierung erwiderte der

Reichsaußenminister Dr. Stresemann,

indem er Erinnerungen einflocht an seinen eigenen Aufenthalt in Chikago im Jahre 1912 und an die Bekundung deutschen kulturellen Zusammenhangs mit den dortigen Amerikanern deutscher Abstammung. Damals sei der Name Deutschland umflutet gewesen vom Sonnenglanz deutscher Weltgeltung. Heute stehe Deutschland vor den Nachwirkungen des verlorenen Weltkrieges und vor den Gärungen, die Krieg und Staatsumwälzung in Deutschland hervorgerufen hätten. Demjenigen, der die Entwicklung Deutschlands mit der Dauer eines Menschenlebens messe, möge vieles unerfreulich in Deutschland erscheinen. Vor der Geschichte aber, die mit anderen Zeiten rechne, werde die Konsolidierung der Verhältnisse, die seit der Staatsumwälzung bis zum heutigen Tage vor sich gegangen sei, vielleicht einst als Großtat des deutschen Volkes erscheinen. Gerade im Unglück habe sich nicht nur die Seelengröße des deutschen Volkes, sondern auch seine politische Einstellung darin bewiesen, daß die Einheit Deutschlands, einst im Glück und im Glanz der Waffen begründet, im Unglück allen Anstürmen widerstanden habe.

„Viele von Ihnen", so betonte Dr. Stresemann, „sehen Deutschland zum ersten Male, haben die deutsche Sprache vor Jahrzehnten aus dem Munde ihrer Eltern zum letztenmal gehört. Wenn Sie sich jetzt daran erinnern, daß Sie mit Deutschland durch die gleichen Blutströme verbunden sind, daß hier die Wiege Ihrer Ahnen stand, wenn Sie die Stätten deutscher Kultur und deutscher Arbeit besuchen, dann werden Sie, wenn Sie nach Amerika zurückkehren, sagen können, daß Sie sich Ihrer alten Heimat nicht zu schämen brauchen, sondern stolz darauf sein dürfen, daß Ihre Vorväter einst zu dem großen deutschen Volke und dem großen Deutschen Reiche gehörten. Treten Sie in Ihrer eigenen Heimat aber auch all dem entgegen, was noch heute gegen Deutschland geltend gemacht wird, vor allem denjenigen, die da glauben,

in bezug auf die Entstehung des Weltkrieges Kläger und Richter in einer Person

sein zu können. Im Bewußtsein unseres guten Gewissens sind wir bereit, jedem unparteiischen Urteil über die Entstehung des Krieges uns zu beugen. Wer ein ebenso gutes Gewissen hat wie Deutschland, der folge unserem Ruf nach unparteiischer Entscheidung. Wir haben Ihnen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts prächtige deutsche Menschen nach Amerika gesandt, die leider von ihrer eigenen deutschen Heimat ausgestoßen wurden, deren einziges Verbrechen aber darin bestand, daß sie sich für den Gedanken der deutschen Einheit früher eingesetzt hatten als andere, die ihre Gedanken später aufgriffen. Nordamerikanische Eindrücke haben in einem Manne wie Friedrich List die ersten großen Gedanken des mitteleuropäischen Verkehrswesens erstehen lassen. Sie haben uns viel gegeben und können von dem, was Sie hier bei uns sehen, viel in ihre Heimat zurücknehmen. Bewahren Sie sich in ihrem Verhältnis zu Deutschland jene wundervolle Verbundenheit der deutschen Kulturgemeinschaft, wie sie in einem der schönsten deutschen Gedichte, in dem Gruß von Konrad Kretz an seine alte deutsche Heimat zum Ausdruck kommt; dieser Deutsche wünschte Deutschland einst, daß es von seinen eigenen Bürgern so geliebt würde, wie von denen, die ausgewandert seien. Eine Liebe, die sich im Unglück zeigt, ist eine echte Liebe. Nie war der Zusammenhang zwischen dem Deutschen Reich als dem Träger des deutschen Kulturgedankens in Europa und den Millionen Deutscher außerhalb dieses Reiches stärker als in der Gegenwart."

Die Mitglieder des Clubs erhoben sich von ihren Plätzen und stimmten den Ausführungen des Reichsaußenministers mit stürmischen und langandauernden Beifallsbezeigungen zu. Dem Dank für die Rede gab der Präsident des Clubs noch einmal besonderen Ausdruck, in dem er darauf hinwies, was einst die ausgewanderten 48er für Amerika, namentlich im Sezessionskriege, getan hätten, und wie stark der Bestand der Vereinigten Staaten auf dem beruhe, was einst das deutsche Element in jener Zeit geleistet hätte.

Diese Ausführungen wurden ergänzt durch eine feinsinnige

Rede des amerikanischen Botschafters Schurman,

der darauf hinwies, wie alle Nationen ihren Anteil genommen hätten an der Entwicklung der Vereinigten Staaten, wie aber speziell das deutsche Element bestimmte Gedanken der Freiheit, der Objektivität und jenes Geistes in das amerikanische Leben hineingebracht hätte, der sich in den Namen Luther, Goethe und Kant versinnbildliche. So sei auch deutsches Kulturgut ein Teil der amerikanischen Seele.

Die Veranstaltung, die bis gegen Mitternacht währte, nahm einen erhebenden Verlauf. Die amerikanischen Gäste erklärten sich von ihren Eindrücken höchst befriedigt, insbesondere von dem, was ihnen bisher Hamburg und die Reichshauptstadt geboten hätten. Der Deutsche Club von Chicago setzt von Berlin seine Reise durch Deutschland fort, die ihn nach Dresden, Leipzig, an den Rhein und nach München führen wird.

Auswärtige Politik.

Aegypten und England.

II. (Schlußaufsatz.)

Von **Paul Lensch.**

Die politischen Konsequenzen der Besetzung führten die Engländer sehr bald weiter. In langen, nicht immer erfolgreichen Kämpfen drangen sie nach Karthum und in das Sudan-Gebiet vor, das ebenfalls zu Aegypten gehört. Die Macht des Mahdi, eines heiligen und gottseligen Mannes, der die Aegypter fanatisierte für den Freiheitskampf, wurde schließlich in der Schlacht von Omdurman 1898 unter widerlichsten Scheußlichkeiten unter der Führung Kitcheners gebrochen. Es war Winston Churchill selber, der als Berichterstatter der Morning Post und Kriegsfreiwilliger Zeuge war und der Welt die Untat Kitcheners mitteilte. Dieser hatte die seit 1885 im Sarge ruhende Leiche des göttlichen Propheten, den bei Lebzeiten die Engländer nie hatten überwinden können schänden lassen, ihr den Kopf abreißen und die Glieder einzeln in den Nil werfen lassen. Die englische Königin Victoria war entsetzt. Der Krieg war im Namen des Vizekönigs mit seinen Truppen und auf seine Kosten geführt. Aber er ging leer aus. Der Sudan kam 1899 unter die gemeinsame Hoheit Englands und des Vizekönigs. Tatsächlich aber gebot England im Sudan allein.

Schon während der Amtszeit Kitcheners begannen die Engländer im Sudan die Pläne zu schmieden, die Wasser des oberen Nils, besonders des blauen Nils, durch Damm- und Kanalbauten zur Bewässerung großer Strecken des Sudans zu verwenden. Von der Wasserzufuhr durch den Nil hängt aber das ganze Leben Aegyptens ab, und es schien nicht tunlich, sich in die Hand des eingedrungenen „Protektors" zu geben und sich der Gefahr einer schikanösen Wassersperre preiszugeben. Jedenfalls war der Widerstand der ägyptischen Regierung erst nach langen Mühen zu überwinden.

Nach dem Kriege trat der große nationale Umschwung der Geister, auch der sonst so sklavenseligen Fellachen, ein, und da war diese Vorkriegszusage eine große Sorge für die Regierung. Nur eine einheitliche Regierung könne für eine loyale Wasserverteilung eintreten. Deshalb legten die Politiker in Kairo vor allem Saghlul Pascha als Ministerpräsident, entscheidenden Wert auf Beibehaltung der ägyptischen Souveränität im Sudan. Allein England nahm die Ermordung des Generalgouverneurs des Sudans, Sir Lee Stack, im November 1924 zum Anlaß, in einem Ultimatum die Räumung des Sudans von sämtlichen ägyptischen Truppen und die Zustimmung zu einer unbegrenzten Erweiterung des Bewässerungsgebiets im Sudan zu verlangen. Zaghlul Pascha demissionierte, und ein neues ohne Mitwirkung des Parlaments geschaffenes Kabinett unter Ziwar Pascha nahm das Ultimatum an.

Seither herrscht England im Sudan, der Aegypten nach wie vor gehört. Die ägyptischen Regierungsmitglieder werden in Karthum, am Zusammenfluß des weißen und blauen Nils, wie Fremde behandelt. Im Januar 1926 wurde der Staudamm von Makwar, der das Gebiet der Gezireheben zwischen Karthum und Sennar bewässern soll, in Betrieb genommen. Damit ist die erste Etappe des großen sudanischen Bewässerungsplans erreicht. Früher begnügte sich England mit der großen Stauanlage bei Assuan, dem Elephantine zum Opfer fiel. Jetzt ist ihm der Sudan wichtiger. Der Ausbau der Stauwerke wird nun weitergehen, und es wird schneller gebaut werden. Wird die geplante zweite Bahnlinie über den Sennardamm nach Osten zum Roten Meer nach dem im großen Maßstabe ausgebauten Hafen Port Sudan, nördlich von Suakim gelegen, zu Ende geführt, dann ist Port Sudan mit zwei Eisenbahnlinien mit dem Sudan verbunden. Die zweite führt nördlicher von Karthum über Berber zum Meer. Dadurch würde die wirtschaftliche Loslösung Aegyptens vom Sudan noch stärker werden.

Schließlich führte diese ganze Unternehmung nach Abessinien. Der Tana-See im Nordwesten des abessinischen Hochplateaus ist die eigentliche Quelle des blauen Nils. Will man den Nil genau regulieren, so muß man den See in der Hand haben. Seit Jahren sieht man das Problem. Man verhandelte mit Kaiser Menelik, der sich bereit erklärte am Tana-See nichts vorzunehmen, was den Abfluß des Wassers nach dem Sudan vermindern könnte. Das war schon 1902. Es kamen in den folgenden Jahren drei Kommissionen zum See, die feststellten, daß diese Sperrungen die Aufnahmefähigkeit des Sees, die im Durchschnitt 3,5 Milliarden Kubikmeter Wasser enthält, auf ungefähr 8 Milliarden gesteigert werden könne. Man weiß, daß hier noch Verträge vorliegen mit Italien und Frankreich, den benachbarten Kolonialmächten, und England, in denen diese Mächte sich ihre Interessen garantieren. Bei diesem starken Interesse der großen Kriegsmächte hat es allerdings Abessinien vorgezogen zunächst mal aus Gründen der „Sicherheit" in den Völkerbund einzutreten, was England gar nicht paßte. Es erhob Widerspruch, weil es in Abessinien noch die Sklaverei gebe. Aber Frankreich hatte kein Interesse, seine Position in Abessinien, mit dem es stets in „Freundschaft" gelebt hat, sich verderben zu lassen. So ist denn Abessinien 1923 Mitglied des Völkerbundes geworden.

*

Hinter allen diesen englischen Eroberungsplänen steckt genau wie in Frankreich die Angst, das Bedürfnis nach „Sicherheit", und zwar Sicherheit für den Besitz des Suezkanals. Wie die Franzosen stets auf das Loch in den Vogesen geblickt haben und schließlich daraus den Weltkrieg machten und Frankreich zugrunde gerichtet haben, so starrt auch England auf das Loch zwischen Asien und Afrika, auf Suez. Um dieses Suez willen führt es seine ewigen Kriege, versklavt es ganze Völker in Millionen und beraubt sie ihrer Freiheit. Es wäre an der Zeit, hier mal den Völkerbund in Bewegung zu setzen. Der